

## In dieser Ausgabe:

**2** Truppenabzug statt Fortsetzung des Afghanistan-Krieges.

**3** Gar nicht Top aber fast ein Totalflop. Michael Anker zum Beginn der Schulreform in Neukölln.

**4** Auch 2011 gemeinsam den Naziaufmarsch in Dresden verhindern! Annika Eschen und Lucia Schnell berichten.

**5** Rambo Rösler. Gesundheitsreform und die Angriffe auf die Pflegeversicherung.

**8** Verdrängt aus „Kreuzkölln“? Thomas Licher über Mieten und soziale Verdrängung.

## Deutschenfeindlichkeit an Neuköllner Schulen?

Es war „der Aufreger“. Angeblicher Rassismus gegen deutsche Schüler. Selbst Familienministerin Kristina Schröder (CDU) meldete sich zu Wort. Was ist dran, an dem Vorwurf? Für „Neu-Köllnisch“ sprach Vincent Streichhahn mit Yachya Rmeid, dem Schulsprecher der Otto-Hahn-Schule in Britz. Fazit: Illusion.

Interview auf Seite 3

Allen Leserinnen und Lesern von „Neu-Köllnisch“ wünscht DIE LINKE. Neukölln einen guten Start in ein kämpferisches Jahr 2011

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Neukölln

# Mut zur Wut!



Fotos: KDH

## „Steht auf gegen Sozialabbau“

Merkel & Co. haben das Kürzungspaket am 26. November durch den Bundestag gebracht. Die Proteste tropften bei ihnen ab, wie ein Spiegelbild von einer Teflonpfanne. Trotzdem, die Herbstaktionen zeigten: Es gibt Widerspruch.

Die Herbstaktionen, die von der Partei DIE LINKE auf der Straße mitorganisiert und im Bundestag unterstützt wurden, haben vor allem eine breite Aufklärung über die massiven Verschlechterungen gebracht. Die Gewerkschaften erreichten rund drei Millionen Beschäftigte in den Betrieben bei Aktionen. An den Kundgebungen beteiligten sich rund 200.000. Eine Voraussetzung für weitere Kämpfe.

Die Bundesregierung legte ein Kürzungsprogramm von 80 Milliarden Euro für die Zeit bis 2014 auf. Bedroht werden hierdurch vor allem Erwerbslose. Außerdem standen und stehen andere Angriffe auf der Tagesordnung: Rente mit 67 und die damit verbundene Rentenkürzung, Hunger- und Niedriglöhne, Zwei-, ja Dreiklassen-Medizin und die katastrophale Entwicklung der Kommunalfinanzen.

Ausführlich auf Seite 6



Fotos: KDH

## „Frieden gibt's nur ohne Krieg.“

Unter diesem Motto fand vom 26. bis 28. November an der Berliner Technischen Universität ein Antikriegskongress statt. Drei Tage setzten sich die vorwiegend studentischen Teilnehmenden in Plenardebatten und Workshops mit internationalen Aspekten aber auch mit den Auswirkungen der Militarisierung der Politik in Deutschland auseinander. Materialien des Kongresses sind im Internet zu finden: <http://antikrieg.blogspot.de>

## Truppenabzug statt Fortsetzung des Afghanistan-Krieges

**Geht es nach der Bundesregierung, dann soll die Bundeswehr auch in den nächsten Jahren Krieg in Afghanistan führen.**

Ende Januar soll das dafür notwendige Mandat im Bundestag erneuert werden. Der Krieg am Hindukusch wird nach wie vor von einer großen Bevölkerungsmehrheit in Deutschland abgelehnt. Die Forderung nach Truppenabzug, wie sie DIE LINKE konsequent vertritt, findet ein starkes Echo. Deshalb sprechen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), aber auch Politiker von SPD und Grünen, neuer-

dings von einer „Abzugsperspektive“. Sie soll 2011 beginnen und mindestens bis 2014 andauern. Voraussetzung: Die Lage in Afghanistan ändert sich. Um das zu erreichen soll die Intensität des Kriegseinsatzes erhöht werden. Aber alle Fachleute, das ergab auch eine Anhörung im Bundestag im November, gehen davon aus, dass dieser Krieg von den USA und der NATO nicht gewonnen werden kann. Die Option einer militärischen Lösung verschiebt den Truppenabzug aus Afghanistan auf den St. Nimmerleins-Tag. Und die gegenwärtige afghanische Karzai-Regierung, zu deren Sicherung auch die Bundeswehr im Einsatz ist, bekam die „Note 6“, we-

gen Unfähigkeit und Korruption. Und dafür soll mindestens noch weitere vier Jahre Krieg geführt werden? Dafür sollen weiter Menschen sterben?

Im Januar wird sich die Friedensbewegung verstärkt mit Aktionen für den Truppenabzug einsetzen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE bereitet für Ende Januar eine Afghanistan-Konferenz „von unten“ vor, auf der vor allem Afghanen zu Wort kommen sollen, um die Vorstellungen der Menschen kennenzulernen, die seit 30 Jahren unter Krieg und Interventionen leiden. Diese Stimmen sollten ernst genommen werden.

Klaus-Dieter Heiser

## Bezirksamt Neukölln sucht Wahlhelfer für Volksentscheid „Wasser“



**Das Bezirksamt Neukölln hat die ersten Einladungen an Wahlhelfer/-innen für den Volksentscheid „Wasser“ verschickt.**

In dem Schreiben wird mitgeteilt, dass am 13. Februar 2011 der Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben

stattfindet. Wahlhelfer erhalten voraussichtlich ein Erfrischungsgeld in Höhe von 31 Euro bzw. 21 Euro, wenn der Arbeitgeber Freizeitausgleich gewährt. Es wird auf die Möglichkeit hingewiesen, sich gemeinsam mit anderen Freiwilligen zu melden. Wahlvorstände werden aus fünf bis sieben Personen gebildet. Stichtag für die Rückgabe der Verpflichtungserklärungen ist der 15. Dezember 2010.

Der Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE hat zur Problematik Berliner Wasserbetriebe eine Internetseite eingerichtet: [www.berlinerwasserpreise.de](http://www.berlinerwasserpreise.de)

Informationen zum Volksentscheid „Wasser“: <http://berliner-wassertisch.net>

## Integration von Muslimen

Die AG Antifaschismus/Antirassismus der Partei DIE LINKE. Neukölln lädt zu einer Veranstaltung zur Integration von Muslimen am 7. Januar 2011 um 18 Uhr gemeinsam mit der Neuköllner Begegnungsstätte NBS e.V. in deren Räumlichkeiten in der Flughafenstr. 43, 12053 Berlin, ein.

## Prozess gegen NPD-Landeschef wegen Hetzbriefen

Nach mehr als einem Jahr steht NPD-Landeschef Hähnel wegen ausländerfeindlicher Hetze ab 2. Dezember in Moabit vor Gericht. In einem amtlich wirkenden Schreiben hatte sich der NPD-Funktionär im September 2009 als „Ausländerrückführungsbeauftragter“ ausgegeben und aufgefordert: „Kümmern Sie sich schon jetzt um Unterkunftsöglichkeiten und Arbeit in ihren Heimatländern“. Neben anderen hatte die Neuköllner Bezirksverordnete Gülay Karaaslan (DIE LINKE), die auch in der Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland (YekKom) aktiv ist, diesen Hetzbrief bekommen und Anzeige erstattet. Inzwischen ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Volksverhetzung. Von der Polizei wurden Räume in der NPD-Zentrale durchsucht und es wurde entsprechendes Beweismaterial gefunden. In einer Erklärung zum Prozessbeginn gegen den NPD-Funktionär bezeichnet YekKom die Drohbriefe „als abscheulich“ und als Provokation der demokratischen Gesellschaft.

## Grüne Bezirkspolitikerin geht zur SPD

Die Neuköllner Grünen-Betriebsverordnete Gabi Gebhardt legte zum 30. November ihr BVV-Mandat nieder und wechselte zur SPD. Wie der „Tagespiegel“ meldet, sei sie mit der Entwicklung der Grünen auf Bundes- und Landesebene nicht mehr einverstanden. So finde sie Entscheidung ihrer bisherigen Partei gegen den Weiterbau der Autobahn A 100 falsch, begründete Gebhardt ihren Schritt.



Stolz auf seine Otto-Hahn-Oberschule. Ein Schüler stellt sich demonstrativ vor das Schulschild.

Foto: KDH

**Im Herbst dieses Jahres berichtete eine Lehrerin der Otto Hahn Oberschule in Neukölln auf einer Tagung der GEW über Rassismus gegen Deutsche, der an ihrer Schule zu einem Problem geworden sei.**

Daraufhin setzte eine Debatte über eine vermeintlich existierende Deutschenfeindlichkeit ein. Anfang Oktober dieses Jahres äußerte sich auch die Familienministerin Kristina Schröder zum Thema. Sie sei, vor ihrer Zeit im Bundeskabinett, mehrmals als „Deutsche Schlampe“ bezeichnet

worden und auch das sei Rassismus, den man thematisieren müsse. Die Medien befeuerten diese rechtspopulistische Debatte ebenfalls, so führte die Berliner Zeitung ein Interview mit dem palästinensischen Schulsprecher der Otto-Hahn-Oberschule Yachya Rmeid zur Situation an seiner Schule. Yachya Rmeids Aussagen wurden jedoch stellenweise so aus dem Zusammenhang gerissen, dass der Artikel ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit zeichnete, deshalb haben wir bei ihm einmal nachgefragt.

**Yachya, glaubst du es existiert ein gezielter Rassismus gegen Deutsche an deiner Schule?**

**Yachya Rmeids:** Nein, den gibt es nicht. Es wird eine Minderheit ge-

mobbt. Alle die irgendwie anders sind, die leistungsbereit sind oder die, die nicht so stark sind, aber nicht nur Deutsche.

**In wie weit glaubst du spielt die Herkunft eine Rolle?**

**Yachya Rmeids:** Die Herkunft spielt keine Rolle. Unter Deutschen läuft das ja auch so. Man kann also nicht sagen, dass es sich um Deutschenfeindlichkeit handelt, die existiert an unserer Schule nicht.

**Möchtest du etwas aus dem Interview mit der Berliner Zeitung klarstellen?**

**Yachya Rmeids:** Ja, direkt zu Beginn wird behauptet, ich hätte gesagt arabische Schüler hätten einen Deutschen im Schulbus Hurensohn

genannt, allerdings habe ich gesagt die Migranten und Deutsche haben sich untereinander beleidigt.

**Du bist in Deutschland geboren, fühlst du dich eigentlich als Deutscher?**

**Yachya Rmeids:** Das kann man nicht so leicht sagen. Ich war nie in meinem Heimatland. Man ist irgendwie beides.

Die GEW hat sich mittlerweile von dem Begriff „Deutschenfeindlichkeit“ distanziert, da er von Rechtspopulisten als Kampfbegriff gegen das Wort Ausländerfeindlichkeit erfunden worden sei. Die CDU hält jedoch weiter an ihm fest.

Mit Yachya Rmeids sprach  
Vincent Streichhahn

## Gar nicht Top aber fast ein Totalflop – der Beginn der Schulreform in Neukölln

**Einig waren sich die Teilnehmer an der Bildungsveranstaltung der Fraktion und der AG Bildung der LINKEN in Neukölln am 24. November nur in einem Punkt: Das gegliederte Schulsystem gehört auf den Müll der Geschichte.**

Die meisten der Anwesenden hielten die Abschaffung der Hauptschule in Berlin für einen Schritt in die richtige Richtung.

Doch solange es ein, wenn auch nur noch in zwei Schularten, gegliedertes Schulsystem gibt das Gymnasium und die Sekundarschule, wird es immer eine soziale Selektierung in der Berliner Schule geben. Die eine Schule für alle – die Gemeinschaftsschule ist die Schule von Morgen, sie hat aber auch nur eine Erfolgsaussicht wenn sie die Regelschule wird und die Gymnasien abgeschafft werden.

Der Beginn der Schulreform in Neukölln wurde von allen äußerst kritisch gesehen. Ein schlecht oder gar nicht klappender Ganztagsbe-

trieb, fehlende Mensen und Schullehrer, fehlende Lehrer, Sozialarbeiter und Erzieher, zu große Klassen, kaum Möglichkeiten zur Binnendifferenzierung .... Die Liste lässt sich beliebig verlängern.

Die Sorge vieler Lehrer und Eltern ist, dass durch die größeren Klassen die ehemaligen Hauptschüler noch schlechte Bildungschancen bekommen, dass Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache noch schlechter gefördert werden können.

Der Eindruck einiger Teilnehmer ist, dass an einigen Schulen wirk-

lich nur das Namensschild an der Schule ausgetauscht worden ist.

Wenn diese Schulreform zu einer wirklichen Verbesserung führen soll, braucht sie dringend eine bessere Ausstattung mit Personal und Sachmitteln. Doch auch die beste Schule der Welt kann keine Wunder vollbringen! Wer für alle Menschen die gleichen Bildungsmöglichkeiten will, muss die Armut bekämpfen muss für soziale Gerechtigkeit streiten.

Michael Anker



Am 13. Februar 2010 konnten die Nazis ihren europaweit mobilisierten Aufmarsch in Dresden nicht durchführen.



Fotos: Jakob Huber

Gemeinsam und entschlossen wurden die Nazis blockiert.

# Auch 2011 gemeinsam den Naziaufmarsch in Dresden verhindern!

**Am 13. Februar 2010 haben Zehntausende erstmalig den Naziaufmarsch in Dresden blockiert.**

Gewerkschaften, Linke und Antifaschgruppen und viele andere riefen auf, den größten Aufmarsch Europas zu verhindern, indem sie sich auf den Straßen den Nazis entgegenstellten. Viele Jahre lang konnten die Nazis am Jahrestag der Bombardierung Dresdens vom 13. Februar 1945 marschieren. Sie heucheln Trauer um die Opfer der Bombardierung, um die Verbrechen und den Holocaust der Nazis zu verharmlosen. Ihr Aufmarsch

wurde mit 7.000 Teilnehmern zum Wichtigsten Europas.

Er schweißt rechte Skinheads mit „Krawattennazis“ zusammen. Für die Nazis, die im Alltag zum Glück relativ isoliert sind, bedeutet ein erfolgreicher Aufmarsch, Macht demonstration nach außen und stärkeres Selbstbewusstsein. Sie haben das Gefühl, ihnen gehöre die Straße, und überfallen Migranten, Linke, Homosexuelle und andere. Nachdem sie im Jahr 2009 ungehindert marschieren konnten, griffen sie Gewerkschafter an, die auf dem Rückweg von der antifaschistischen Demonstration waren. Die NPD ist in Sachsen zum ersten Mal seit 1945 der Wiedereinzug in einen

Landtag gelungen. Im Juli 2009 brachte ein NPD-Wähler die Ägypterin Marwa El-Sherbini in Dresden um und im Oktober 2010 erstachen Nazis den 19-Jährigen Iraker Kamal in Leipzig. Die Nazis versuchen in der aktuellen Wirtschaftskrise verstärkt aufzubauen und den sozialen Unmut auf muslimische Migranten zu lenken.

Sie wollen ihre Niederlage von diesem Februar nächsten Februar wieder wettmachen. Umso wichtiger ist es, sie im Februar 2011 erneut zu stoppen. Das Bündnis Dresden - Nazifrei ruft wieder zur Blockade auf. Wir als Linke-Neukölln wollen gemeinsam mit vielen Menschen, Parteien, Vereinen und

Schüler-Initiativen mit Bussen nach Dresden fahren. Bisher steht noch nicht fest, ob die Nazis am 13. oder 19. Februar marschieren wollen. Nähere Informationen, Bustickets, Plakate, eine Mobilisierungszeitung des Bündnisses Dresden - Nazifrei gibt es ab Januar in unserer Geschäftsstelle und unter: [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

Das nächste Treffen der AG Antifaschismus und Antirassismus findet am 14. Dezember um 18.30 Uhr in der Geschäftsstelle der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16 statt.

*Annika Eschen und Lucia Schnell*

## Termine: DIE LINKE Neukölln

### Weihnachtsfeier 2010

#### DIE LINKE-Neukölln

Freitag, 10.12.2010, 15 bis 22 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### Bezirksmitgliederversammlung

#### DIE LINKE-Neukölln

Freitag, 14.1.2011, 18.30 Uhr  
in der Löwenzahn-Grundschule, Drorystr. 3, 12055 Berlin, (U- und S-Bahnhof Neukölln)  
Im Mittelpunkt der Bezirksmitgliederversammlung wird die Diskussion über das „Linke Programm für Neukölln“ stehen.

### Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt partiell öffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 9.12.2010, 19 Uhr

Donnerstag, 6.1.2011, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Arbeitsgruppe

#### „Linkes Programm für Neukölln“

Mittwoch, 12.1.2011, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Hermannstraße

#### Mittwoch, 8.12., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29  
Thema: „Migration“ im „Linken Programm für Neukölln“

#### Mittwoch, 22.12., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

### BO Reuterkietz

#### Dienstag, 7.12.2010, 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

#### Dienstag, 4.1.2011, 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

### BO Rixdorf

#### Donnerstag, 16.12.2010, 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation, DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Süd

#### Dienstag, 7.12.2010, 18 Uhr

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)

Thema: „Linkes Programm für Neukölln“. Kapitel „Gute Arbeit und Kampf gegen Armut“.

#### Dienstag, 14.12.2010, 18 Uhr,

Info-Stand, Lipschitzplatz/Bat-Yam-Platz

#### Dienstag, 21.12.2010, 18 Uhr,

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee).

Gemeinsam wollen das Jahr 2010 Revue passieren lassen, Bilanz ziehen und einen Blick auf 2011 werfen.

### AG Antifaschismus und

#### Antirassismus

#### Dienstag, 14.12.2010, 18.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

### AG Hartz IV

#### Mittwoch, 8.12.2010, 17.30 Uhr

#### Mittwoch, 12.1.2011, 17.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Kostenlose Hartz-IV-Beratung

#### Mittwoch, 8.12.2010, 14 bis 16 Uhr

#### Mittwoch, 22.12.2010, 14 bis 16 Uhr

#### Mittwoch, 12.1.2011, 14 bis 16 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Geänderte Öffnungszeiten

#### in der Geschäftsstelle am

#### Richardplatz 16

Vom 6. Dezember bis 7. Januar

montags bis freitags

von 17 Uhr bis 18.30 Uhr

### Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 21.12.2010, 11 bis 14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Weitere Termine im Internet:

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

### Kontoumstellung

Hinweis für alle Mitglieder, die ihre Mitgliedsbeiträge per Dauerauftrag überweisen. Zukünftig müssen Mitgliedsbeiträge und Spenden überwiesen werden an: DIE LINKE, Neukölln; Berliner Bank; BLZ: 100 708 48; Kontonummer 525 607 80.

Bitte, sofern vorhanden, den Dauerauftrag ändern. Auf dieses Konto können gerne auch Spenden an den Neuköllner Bezirksverband überwiesen werden.

# Rambo Rösler

So bekämpft Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) die solidarische Krankenversicherung



Foto: FDP

**Der Termin für die Schlacht stand lange fest: Am 12. November 2010 zog Gesundheitsminister Rösler (FDP) gegen die solidarische Krankenversicherung ins Feld.**

An diesem Tag hat das Parlament seine Pläne beschlossen und damit das bisherige Solidarprinzip beerdigt: Rösler unternimmt einen gewaltigen Raubzug durch die Geldbeutel von Gering-

und Normalverdienern, von Patientinnen und Patienten. „Neu-Köllnisch“ dokumentiert Röslers Pläne.

**Rösler hat die Kopfpauschale eingeführt:** Die Kopfpauschale kommt, getarnt als Zusatzbeiträge. Alle Versicherten müssen diese pauschalen Zusatzbeiträge bezahlen. Röslers fieser Trick: Arme zahlen die gleichen Beiträge wie reiche Menschen. Gesundheitsexperten rechnen damit, dass die Zusatzbeiträge in zehn Jahren voraussichtlich bereits 100 Euro pro Monat betragen werden.

## 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Gesundheitsreform ab

Die Mehrheit in Deutschland ist gegen die aktuelle Gesundheitsreform. Laut Deutschlandtrend der ARD lehnen 80 Prozent der Menschen die Pläne der Bundesregierung ab. Auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Selbsthilfe- und Patientenverbände mobilisieren gegen die Reform. Gemeinsam haben sie das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ gegründet, das auch DIE LINKE unterstützt. Über 85.000 Menschen haben die Petition des Aktionsbündnisses bisher unterschrieben.

**Rösler hat Krankenkassenbeiträge angehoben:** Im nächsten Jahr klettert der allgemeine Beitragssatz von 14,9 auf 15,5 Prozent des Einkommens. Der Arbeitnehmer zahlt dann 8,2 Prozent, der Arbeitgeber nur 7,3 Prozent. Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren, alle zukünftigen Ausgabensteigerungen zahlen allein die Versicherten.

**Rösler hat die private Krankenversicherung begünstigt:** Für gut verdienende Menschen wird es noch leichter, von der gesetzlichen in die private Krankenversicherung

zu wechseln. Die Folge: Noch mehr Menschen verabschieden sich aus der Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung, die privaten Krankenversicherungen freuen sich über Extraprofiten.

**Rösler hat Vorkasse beim Arzt etabliert:** Mehr Patientinnen und Patienten als bisher sollen beim Arzt und in der Apotheke Vorkasse leisten. Das Risiko, ob eine vorab gezahlte Leistung von der Krankenkasse erstattet wird, trägt dann der Patient.

## Pflegeversicherung im Fadenkreuz

**Schwarz-Gelb will die sozialen Pflegeversicherung zerschlagen.**

CDU, CSU und FDP wollen die solidarische Pflegeversicherung zerschlagen. 2011 soll der Systemwechsel in der Pflegeversicherung erfolgen. Die bisher umlagefinanzierte Pflegeversicherung soll durch den Einstieg in die Kapitaldeckung ergänzt werden. Nach der Riester-Rente soll es jetzt die Rösler-Pflege geben. Allerdings verpflichtend. Das bedeutet nichts anderes als eine weitere Entsolidarisierung, Privatisierung und Individualisierung sozialer Sicherung.

**Kapitaldeckung löst keines der Probleme, sondern schafft nur neue**

Die Befürworter der Kapitaldeckung pflegen die Volksweisheit: Spare zur Zeit, dann hast du in der Not. Was aus der Perspektive eines Privathaushalts plausibel erscheint,

ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine Illusion. Aller Sozialaufwand muss immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden.

Die Kapitaldeckung bietet gegenüber der bestehenden Umlagefinanzierung ausschließlich Nachteile. Die anvisierte Pflegezusatzversicherung wäre jeder politischen Kontrolle entzogen und der Kapitalstock damit den Risiken der Finanzmärkte ausgesetzt. Die Einführung der Kapitaldeckung muss verhindert werden: Es entstehen Ansprüche und Anwartschaften in Form von privaten Verträgen. Eine spätere Bundesregierung kann eine derartige Regelung nur sehr erschwert zurücknehmen.

**Versicherungskonzerne und die Arbeitgeber alleinige Gewinner**

Einzig und allein die privaten Versicherungskonzerne und die Arbeitgeber werden die Gewinner sein.

Die schwarz-gelbe Klientelpolitik setzt sich auch in der Pflegeversicherung fort. Die Versicherten sollen gezwungen werden, eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Ein Milliardengeschäft für die private Versicherungswirtschaft, zahlen dürfen die Versicherten. Die Arbeitgeber werden noch weiter entlastet: Ohnehin sind sie de facto kaum an der Finanzierung der Pflegeversicherung beteiligt, da bei ihrer Einführung 1995 ein gesetzlicher Feiertag abgeschafft wurde.

**DIE LINKE: Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen**

Das Umlageverfahren ist sicher und hat sich bewährt. Die Pflegeversicherung ist deshalb solidarisch weiterzuentwickeln. Das Hauptproblem der Pflegeversicherung liegt auf der Einnahmeseite: Die Einnahmen der Pflegeversicherung bleiben durch Arbeitslosigkeit, den Ausbau des Niedriglohnssektors und ausblei-



Foto: KDH

Merkel & Co. spalten das Land.

benden Lohnzuwächsen hinter den Ausgaben zurück. Zugleich wächst die Bedeutung anderer Einkommensarten. Auf die relativ schnell wachsenden Kapitalerträge müssen bislang fast keine Beiträge gezahlt werden. Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in der Pflege lassen sich die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen. DIE LINKE wird diese in die Debatte um die Pflegeversicherung einbringen.



Fotos: KDH

Gewerkschafter/-innen aus Stuttgart (links) und Berliner LINKE gemeinsam beim Sozialprotest in Sichtweite des Bundestages.

## Merkel & Co.: Kürzungspaket beschlossen

**Die Proteste gegen das Kürzungspaket tropften bei Merkel & Co. ab, wie ein Spiegelei von einer Teflonpfanne. Trotzdem, die Herbstaktionen zeigten: Es gibt Widerspruch.**

Sie haben vor allem eine breite Aufklärung über die massiven Verschlechterungen gebracht. Seit September gab es in tausenden Betrieben Informationen im Rahmen von Betriebs- und Personalversammlungen und sonstigen Aktivitäten. Insgesamt erreichten die Gewerkschaften rund drei Millionen Beschäftigte. In Kundgebungen und Demonstrationen wurden die Proteste auf die Straße gebracht. Nimmt man alle Aktionen zusammen, so gingen rund 200.000 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße.

DIE LINKE unterstützte die Aktionen. Auf vielen Veranstaltungen wurde Flagge gezeigt. Bei einer

Reihe von kleineren Aktionen wurde der Protest eigenständig auf die Straße gebracht. Und natürlich ins Parlament!

„War das jetzt der „heiße Herbst?“, fragt der gewerkschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Michael Schlecht. Er kommt zu der Einschätzung: „Wohl eher nicht. Zumindest nicht so „heiß“, dass Merkel und Co sich davon in ihrem weiteren Abriss des Sozialstaates beeindruckt lassen.“ Die Bundesregierung legte ein Kürzungsprogramm von 80 Milliarden Euro für die Zeit bis 2014 auf. Bedroht werden hierdurch vor allem Erwerbslose. Außerdem standen und stehen andere Angriffe auf der Tagesordnung: Rente mit 67 und die damit verbundene Rentenkürzung, Hunger- und Niedriglöhne, Zwei-, ja Dreiklassen-Medizin und die katastrophale Entwicklung der Kommunalfinancen.

Eine tiefere Analyse der Begrenztheit der gewerkschaftlichen Aktionen stehe noch aus, so Michael Schlecht.

Sie werde aber in jedem Fall im Spannungsfeld zu Stuttgart 21 und auch den Protesten gegen die Atompolitik der Regierung erfolgen müssen. Dort

beteiligten, genötigt, eine Schlichtung einzuleiten. Ein einmaliger Vorgang: Über bereits beschlossene Vorhaben setzen sich politische Akteure



DIE LINKE war bei den Protestaktionen aktiv dabei, hier in Berlin neben anderen der Parteivorsitzende Klaus Ernst.

habe sich gezeigt, dass der Druck der Straße in der Lage sei, Einfluss auf Regierungshandeln zu nehmen. In Stuttgart sah sich die Landesregierung angesichts der Protestaktionen, bei denen sich rund 250.000 Menschen in diesen Wochen mindestens einmal aktiv an einer Demonstration

mit Trägern der Protestbewegung an einen Tisch, um über die Sinnhaftigkeit des Projektes zu debattieren. Bei Stuttgart 21 gehe es nicht nur um den „Bahnhof“, sondern auch um die sozialpolitischen Rahmenbedingungen und den zunehmenden Mangel an demokratischer Einflussnahme.

## DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht: Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

**Nimm Kontakt zu uns auf:**

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75, [ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71 [irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de](mailto:irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de)

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

**DIE LINKE.Neukölln**, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon:.....

## GRENZEN/os

**Die 8. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz will im kommenden Jahr Grenzen überschreiten.**

Die jährlich stattfindende Linke Medienakademie LiMA ist ein Muss für linke und alternative Medienmacherinnen. Maßgeschneiderte Kurse für Starter, Fortgeschrittene und Experten sorgen für eine angenehme Atmosphäre. 2010 nahmen 950 Medienschaffende dieses Angebot an. Vom 9. bis zum 13. März 2011 heißt es in der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin-Oberschöneweide wieder: Diskussion, Weiterbildung und Netze knüpfen.

Ob an Layout, Schreibwerkstatt oder Web 2.0 Interesse besteht, das Angebot an Veranstaltungen lässt kaum Wünsche offen.

Weitere Informationen gibt es im Internet: [www.lima-akademie.de](http://www.lima-akademie.de).

Dort können auch die Kurse gebucht werden, zur Zeit noch mit Frühbucher-Rabatt.

## Beyond. Berliner Männerwelten

Mit ihrer Plattenkamera fotografierte die in Berlin lebende Loredana Nemes Berliner Männerwelten in türkischen, orientalischen und arabischen Männercafés in Neukölln, Kreuzberg oder Wedding.

Erste inspirierende Begegnungen für diese Arbeit erlebte sie (geboren 1972 in Sibiu, Rumänien) als Zwölfjährige während eines halbjährigen Aufenthalts in Shiraz im Iran. Mit großer Neugierde auf diese fremde, faszinierende Kultur nähert sie sich Orten, die ihr als Frau keinen Einlass gewähren. „Ich fotografiere ihre Außenmembran, die uns die Innenwelt nur schemenhaft andeutet und die Trennung zwischen den Welten visualisiert“, so Nemes. Das Ergebnis sind Porträts von Ali, Ünal, Kemal oder Rasim.

Bis zum 20. Februar 2011 im Museum Neukölln zu sehen. Gutshof Britz, Alt-Britz 81. Bus M44 und M46. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr.



Foto: KDH

## Luxemburg-Liebknecht-Ehrungen 2011

Traditionell versammeln sich die Berliner Linken am zweiten Januarsonntag in Friedrichsfelde, um der 1919 von Freicorpsoldaten ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht zu gedenken. Die Mitbegründer der KPD standen für konsequenten An-

timilitarismus. Daran anknüpfend wird am 9. Januar bei der Demonstration um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde in einem Demo-Block die Forderung nach Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Mittelpunkt stehen.

Für den 15. Januar bereitet die Friedensbewegung eine Ehrung an den Orten der Ermordung von Luxemburg und Liebkecht im Tiergarten (unser Bld am Landwehrkanal) vor.

Weitere Informationen unter [www.friko-berlin.de](http://www.friko-berlin.de)

## Ruth Werner – Leben und Werk Ausstellung in Neukölln

Die legendenumwobene Schriftstellerin Ruth Werner, deren populäre Biografie Olga Benarios weite Verbreitung gefunden hat, steht im Mittelpunkt einer Ausstellung, die noch bis Ende Januar in der Richardstraße 104 zu sehen ist.

Die Ausstellung, die vom Hans-Fallada-Museum in Carwitz in diesem Jahr erarbeitet wurde, konnte auf Archivalien aus dem Besitz ihrer Familie zurückgreifen. Zwar wurde mit Bedacht – in einem Carwitzer Literaturmuseum nachvollziehbar – die Schwerpunkte auf die Carwitzer Jahre und auf das schriftstellerische Schaffen Ruth Werners gelegt – wohlwissend, dass der vielschichtigen Persönlichkeit dieser Frau – sie war Kommunistin und unter dem Decknamen „Sonja“ für den sowjeti-

schen Militärnachrichtendienst GRU zu Einsätzen in der Mandchurei, in Polen, in der Schweiz und in Großbritannien – bei einer solchen Fokussierung nur unzureichend Rechnung getragen wird. Es ist, mit dieser Einschränkung, eine sehenswerte Ausstellung. Im Begleitprogramm werden zusätzliche Akzente gesetzt.

In diesem Begleitprogramm zur Ausstellung zeigt die Galerie Olga Benario am 9. Dezember den DEFA-Spielfilm „Muhme Mehle“ nach der gleichnamigen Erzählung von Ruth Werner. Regie Thomas Langhoff (1980, 90 Min.). Am 16. Dezember gibt es Gelegenheit Janina Blankenfeld und Michael Hamburger kennenzulernen, die Kinder von Ruth Werner. Im neuen Jahr, am 13. Januar wird der Dokumentarfilm „Deckname Sonja. Das geheime Leben der Agentin Ruth Werner“ von Sabine Mieder aus dem Jahr 2001 gezeigt (45 Min.). Einen historischen Rückblick, verbunden mit einem und Reisebericht, vermitteln



Foto: Archiv

Ruth Werner in den 1950er Jahren

Claudia und Christian von Gélieu am 20. Januar unter dem Motto: „China – zu Zeiten von Ruth Werner und heute“. Zum Abschluss wird am 27. Januar der Dokfilm von Heidi Spiegogna „Deckname Rosa“ (1993, 85 Min.) gezeigt.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei. Die Galerie Olga Benario befindet sich in der Neuköllner Richardstraße 104 nahe der Passage zum U-Bahnhof Karl-Marx-Straße.

## Neu-Köllnisch

DEZEMBER 2010

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,  
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
Tel./Fax: 030-613 59 19

Redaktionsschluss: 1.12.2010

Beiträge für die nächste Ausgabe  
bitte bis zum 20.12.2010Namentlich gekennzeichnete Artikel  
müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
gebers entsprechen.

### Auf ein Wort: Schwarz-Grün

Die Kandidatin für das Amt des Regierenden Bürgermeisters in Berlin, Künast (Grüne), kann sich trotz des heftigen Streits mit der schwarz-gelben Bundesregierung vorstellen, in Berlin mit der CDU zu regieren. Das ließ sie die „Frankfurter Rundschau“ wissen. Und auch der Chef der Berliner CDU, Henkel, kann sich ein schwarz-grünes Bündnis nach der Abgeordnetenhauswahl 2011 vorstellen, wie er der „Rheinischen Post“ erklärte. Angesichts dieser November-Flirts sollten alle hellhörig werden, die mit den Grünen liebäugeln. Damit sie sich nach dem Wahltag nicht schwarzzergern müssen.

KDH



Gunter Demnig

Foto: KDH

Seit einigen Jahren verlegt der Kölner Künstler Gunter Demnig bundesweit „Stolpersteine“, auch in Neukölln.

Es sind Erinnerungssteine für die ehemaligen jüdischen Nachbarn, für Frauen und Männer des politischen Wider-

stands und andere Verfolgte und Ermordete des Naziregimes. Sie werden niveaugleich in das Pflaster des Gehweges eingelassen und tragen eine individuell beschriftete Messingplatte. Die knappen Inschriften setzen sich aus dem Namen, dem Geburtsjahr, dem Deportationsdatum und dem Hinweis auf Todesort und Todesdatum des Opfers zusam-

men. In der Karl-Marx-Straße wurden im Oktober 42 weitere Stolpersteine vor fünfzehn Wohnhäusern verlegt.

### Würdigung der Nazi-Opfer

Am 11. Dezember um 11 Uhr wird es eine Begehung der Stolpersteine in der Karl-Marx-Straße geben. Treffpunkt ist vor dem Rathaus Neukölln. Anschließend, gegen 12 Uhr, findet im Köln-Zimmer das Rathauses eine feierliche Veranstaltung zur Würdigung der deportierten und ermordeten Neuköllner während der Zeit des Naziregimes statt.

## Verdrängt aus „Kreuzkölln“?

Nord-Neukölln drohen in den nächsten Jahren massive Mietsteigerungen und soziale Verdrängung.

Wohnen in der Berliner Innenstadt ist wieder „in“. Nachdem in den 1990er Jahren viele „Besserverdienende“ ins Umland in den so genannten Speckgürtel abgewandert waren, sind seit einiger Zeit die Innendstadtbezirke als Wohnort wieder sehr attraktiv. Das gilt nicht nur für Friede-

nau und Prenzlauer Berg, sondern auch für Nord-Neukölln. Schon jetzt werden preiswerte Wohnungen innerhalb des Berliner S-Bahnringes knapp. Für die kommenden Jahre ist ein massiver Anstieg der Mieten auch in den „einfachen Innenstadtlagen“ zu erwarten. Dadurch ist zu befürchten, dass Menschen mit kleinem Einkommen oder die Familien, die von sozialen Leistungen leben, aus der Altbauquartieren der Innenstadt an die unattraktiven Neubaustandorte am Stadtrand verdrängt werden. Im Bereich des Reuterkiez - auch „Kreuzkölln“ genannt - macht sich eine beginnende soziale Verdrängung (Gentrifikation) schon bemerkbar und der Wohnstandort wird verstärkt von Studenten und jungen Akademikern nachgefragt. Bisher ist das allen bürgerlichen Parteien egal und die zuständige Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reiher (SPD) bestreitet die beginnende Wohnungsnot in Berlin. Auch die Grünen kümmern sich nicht für die Belange der Neuköllnerinnen und Neuköllner und treten statt dessen für eine Luxusbebauung an der Oderstraße auf der Neuköllner Seite des Tempelhofer Feldes ein. Sollte das passieren, hat es unmittelbar Auswirkung auf die Bewohner der angrenzenden Schillerpromenade. Von FDP und CDU werden die Menschen in Neukölln keine Hilfe bekommen. Was sie von den Regierungsparteien im

Bund zu erwarten haben, hat sich am 26. November durch die Beschlüsse zum Bundeshaushalt gezeigt. Hierbei handelt es sich um den schlimmsten Sozialabbau seit der Einführung von Harz IV. Die Kosten der Bankenkrise werden den Schwächsten der Gesellschaft abverlangt, während Pharmaindustrie und Atomkonzerne mit Boni bedacht werden.

Nur DIE LINKE steht auf der Seite der Menschen mit kleinem Geldbeutel. Deshalb setzt sie sich gegen die Vertreibung der angestammten Mieter in Neukölln ein.

In Berlin sind genügend Bauflächen für Wohnungsneubau zu Verfügung gestellt worden. Das Tempelhofer Feld muß deshalb nicht mit neuen Wohnblöcken zugepflastert werden. In den letzten Jahren erfolgte Wohnungsneubau unter anderem durch Abschreibungsmodellen für Reiche in sehr teuren Luxusimmobilien und Steuersparmodellen für bessergestellte Eigenheimbauer. Statt dessen brauchen wir einen verstärkten Wohnungsbau für Menschen mit kleinem und mittleren Einkommen. Damit auch in Zukunft die Menschen mit unterschiedlichen Einkommen miteinander in Neukölln leben können.

Thomas Licher

Dipl.-Ing. für Stadt- und Regionalplanung und stellvertretender Sprecher der Neuköllner LINKEN

### DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe Hartz IV von DIE LINKE. Neukölln trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Die nächsten Treffen finden am 8. Dezember und am 12. Januar statt.